

Kurzinformationen Das Jahr 2006 in der EVP Stadt Bern

Der Kanton Bern und seine Täufergeschichte

Die rund 300 Jahre dauernde und mit äusserster Härte geführte Täuferverfolgung ist wohl das dunkelste Kapitel der Berner Geschichte. Lanciert und getragen von Pro Emmental findet nun im 2007 ein Täuferjahr statt, welches mit rund 200 Veranstaltungen das Verständnis für die Anliegen der Täufer vertiefen will, aber auch zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und zu einem guten zukünftigen Miteinander beitragen soll.



Wilf Gasser

Während auf kirchlicher Ebene schon einiges in Bewegung geraten ist, hat der Staat Bern bisher noch kaum öffentlich sichtbar einen Beitrag zur Aufarbeitung seiner Täufergeschichte geleistet. Eine Interpellation von EVP-Grossrat Wilf Gasser verlangt nun von der Regierung, das Täuferjahr für entsprechende Akzente zu nutzen, und gibt auch gleich einige Ideen zur Umsetzung.

Neun Stadtberner/innen auf EVP-Nationalratslisten

Der EVP-Kantonalvorstand, in dem auch alle EVP-Ortsparteien vertreten sind, hat die drei EVP-Listen für die Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007 genehmigt. Auf den Listen sind auch neun Personen aus der Stadt Bern vertreten. Es sind dies:

■ **Hauptliste:** Grossrat Wilf Gasser, Stadträtin Barbara Streit-Stettler, Stadtrat Martin Trachsel.

■ **Liste «Erfahrung»:** Ruth Aebi, Martin Bühlmann, Ursula Klopstein, Marianne Gafner-Oesch.

■ **Liste «Zukunft»:** Hans Kaltenrieder, Tabea Zwygart.

Erklärtes Ziel der EVP Kanton Bern ist es, mit vereinter Anstrengung aller Kandidierenden und aller der EVP verbundenen Personen einen zweiten Nationalratssitz zu erzielen.

Wegen der Verschiebung der Hauptversammlung, auf die hin jeweils der Jahresbericht erstellt wird, berichtet der Vorstand der EVP Stadt Bern hier vorab über die Grossratswahlen und die Parlamentsarbeit der Vertreter der EVP-Ortssektion im letzten Jahr.

■ **Grossratswahlen:** Es konnte sowohl eine Hauptliste als auch eine Junge Liste mit insgesamt 39 Kandidierenden eingereicht werden. Die EVP nominierte als erste Partei der Stadt Bern und erhielt darum die Listennummer 1. Die Wahlkampf vorbereitungen wurden durch einen neuen Web-Auftritt, ein Fundraising-Konzept, eine Veranstaltung mit Pantomime Carlos Martinez, einheitliche Portraitaufnahmen und eine erstmalige Weihnachtsspendenaktion (2005) unterstützt. Die Stadtberner EVP konnte den Sitz von Grossrat Wilf Gasser mit 5,0 % Stimmenanteil gegenüber 4,3 % im Jahr 2002 trotz verkleinerter Anzahl Mandate gut halten.

■ **Grosser Rat:** Speziell engagiert hat sich Grossrat Wilf Gasser für das brisante Thema der Psychiatrie-Planung, wo demnächst wichtige Entscheide anstehen. In der November-session reichte er seine ersten Motionen ein zum Thema «Jugendschutz und Pornographie» sowie «Schulcomputer müssen dicht bleiben». Bei beiden geht es um die Frage, was die Regierung tun kann, um unsere Jugend nicht nur zu schützen, sondern auch Werte zu vermitteln sie und zu einem gesunden Umgang mit Sexu-



Ein Höhepunkt im 2006: der Abend mit Carlos Martinez und über 500 Besuchern.

alität anzuleiten. Aufgrund der Vergrößerung der EVP-Fraktion hatte die EVP Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Oberaufsichtskommission, in der Wilf Gasser mithilft, die Arbeit von Regierung und Verwaltung zu beaufsichtigen.

■ **Stadtrat:** Dieser traf sich zu 54 Sitzungen und behandelte 431 Geschäfte. An 4 Abstimmungssonntagen wurde über 9 Geschäfte abgestimmt. Engagiert waren die zwei EVP-Stadtratsmitglieder Barbara Streit-Stettler, Mitglied der Sachkommission Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU), und Martin Trachsel, Mitglied Budget- und Aufsichtskommission (BAK), in verschiedenen Geschäften, die sie für die Fraktion oder die Sachkommission im Stadtrat vertraten. In der Halbzeit der Legislatur konnte die EVP auf zwei Jahre guter Zusammenarbeit in der Fraktion GFL/EVP zurückblicken.

Adrian Ritz/Wilf Gasser/Martin Trachsel

Impressum

Herausgeber:

EVP Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 7

Redaktion: «berner EVP»,
Dieter Rohrbach, Ried-Frutigen

Kontaktadresse für «EVP-Info»:

Christof Erne, Tel. 031 991 78 91, ch.erne@hispeed.ch

EVP Stadt Bern

Postfach 6049, 3001 Bern

Postcheckkonto 30-2067-3

E-Mail: info@evp-bern.ch; Internet: www.evp-bern.ch



EVP-Info



Evangelische Volkspartei
Stadt Bern

Informationen der Evangelischen Volkspartei Stadt Bern Februar 2007

Editorial: Steigende Parteienhektik im Wahljahr 2007

In etwas mehr als acht Monaten finden National- und Ständeratswahlen statt, denen die Gesamterneuerungswahlen in den Bundesrat folgen. Entsprechend hektischer wird es darum unter den Parteien. Diese suchen sich beim Wahlvolk zu profilieren; teils sind auch Bundesratsmitglieder diesbezüglich klar engagiert.

Auffallend ist der Drang zu radikaleren Forderungen. Ein SP-Papier verlangt die Legalisierung jeglichen Drogenkonsums. Eine FDP-Delegiertenversammlung forderte die Abschaffung der direkten Bundessteuer. Die Grünen schlagen vor, die mit der EU vereinbarte Personenfreizügigkeit (Aufenthalt bei Arbeitsstelle) auf alle Länder der Welt auszuweiten. Die SVP droht mit dem Austritt aus dem Bundesrat, wenn nicht ihre jetzigen Bundesräte wiedergewählt werden, und will ein anderes an deren Stelle gewähltes Parteimitglied in dem Fall aus der Fraktion ausschliessen...

Und was tut eigentlich die EVP? In ihren Positionspapieren auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde hat die EVP durchaus auch markante Forderungen. Als eine gesamtschweizerisch und in der Stadt Bern eher kleine und im Kanton Bern mittelgrosse Partei steht sie (ausser es geht um Rauchverbote oder Suchtprävention) aber nicht so im Rampenlicht wie die grossen Parteien.

Ein interessantes, auf Nachhaltigkeit statt auf schnelllebige Tagespolitik ausgerichtetes Projekt der EVP ist jenes über die «Werte fürs Leben». Infos dazu finden Sie auf www.lebenswerte.ch oder in der mit dieser «EVP-Info» versandten «berner EVP». – Fehlt es der Schweizer Politik nicht an Nachhaltigkeit, am Denken über unser Land und die unsere Generation hinaus?! Dafür braucht es andere Werte als Wachstumsziele. Dazu braucht es die in der Bibel geforderte Achtung vor der Schöpfung, dem Mitmenschen, dem



Christof Erne

Schwachen. Diese Werte wollen die in der EVP aktiven Christinnen und Christen in konkrete, verantwortungsbewusste Politik umsetzen. Sie können uns dabei helfen.

Wo die Chancen kleiner und mittlerer Parteien liegen behandelt übrigens der unten erwähnte Vortrag vom 21. Februar, zu dem Sie zusammen mit weiteren Personen herzlich eingeladen sind.

Christof Erne

Co-Präsident EVP Stadt Bern

Parteianlass und öffentlicher Vortrag

Mittwoch 21. Februar 2007

in der Nägeligasse 9/11 (Jardin des Evangelischen Gemeinschaftswerks).

■ 19.00 Uhr Parteiversammlung mit Beschluss über die städtischen Abstimmungs- und Wahlempfehlungen zum 11. März. Vorstellung der Gemeinderatskandidaten Stephan Hügli (FDP) und Reto Nause (CVP)!

■ 20.15 Uhr öffentlicher Vortrag von Soziologe Urs Meuli zu den Chancen und Möglichkeiten kleiner und mittlerer Parteien in der Schweiz.

Zu diesem interessanten Abend laden wir Sie herzlich ein! An der Parteiversammlung stimmberechtigt sind die EVP-Mitglieder der Gemeinde Bern, teilnehmen dürfen jedoch alle, die sich der EVP verbunden fühlen.

HV 2007

Mittwoch 30. Mai 2007

19.00 Uhr in der Nägeligasse 9/11 (Jardin des EGW).

Um den Anlass vom 21. Februar nicht zu überladen, wird die Hauptversammlung 2007 auf den 30. Mai verschoben. Zugleich werden dann die Parolen zu den Abstimmungen vom 17. Juni beschlossen. Bitte vormerken!

Interviews: Die EVP-Vertretung am Amtsgericht Bern-Laupen

EVP-Richter dank GFL

Dass der EVPler Martin Müller sein Amt als Gerichtspräsident antreten konnte, ist in erster Linie der Grünen Freien Liste (GFL) zu verdanken. Im September 2006 wählte der Grosse Rat den bisherigen Gerichtspräsidenten der GFL im Gerichtskreis Bern-Laupen, Peter Zihlmann, ans Obergericht. Martin Müller hatte sich im Namen der EVP auch für dieses Amt beworben, zog aber seine Kandidatur zurück, als sich eine klare Mehrheit für Zihlmann abzeichnete. Bereits vor Zihlmanns Wahl als Oberrichter signalisierte uns die GFL, dass sie den frei werdenden Sitz im Gerichtskreis Bern-Laupen gerne Müller überlassen würde. *BS*

Interview mit Christine Schaar

Sie sind als Gerichtspräsidentin tätig. Was beinhaltet dieser Beruf?

Im Berner Amthaus, d.h. im Gerichtskreis VIII Bern-Laupen, gibt es 17 Gerichtspräsidentenstellen, verteilt auf 19 Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten. Davon sind 9 im Zivilbereich (Scheidungen, Forderungstreitigkeiten usw.) tätig und 10 im Strafbereich. Ich bin eine der 10 Strafrichter/innen und fälle demnach Strafurteile. Wer z.B. massiv zu schnell Auto fährt, muss zu mir zu einer Hauptverhandlung kommen. Im deren Verlauf habe ich zu entscheiden, ob sich die angeschuldigte Person überhaupt strafbar gemacht hat (es werden Fragen geklärt und Beweise gewürdigt). Komme ich zum Schluss, dass die Person schuldig ist, muss ich beurteilen, welche Strafe für ihre Verfehlung angemessen ist. In solchen, kleineren Fälle urteile ich als Strafeinzelrichterin alleine. Bei schwereren Delikten, wie z.B. Vergewaltigung oder Mord, urteilt ein Kollegialgericht. Da übernehme ich den Vorsitz in einem

EVP-Info 1/2007

Christine Schaar,
Gerichtspräsidentin



Strafgericht. Neben mir sind 4 nebenamtliche Laienrichter/innen (sogenannte Kreisrichter/innen) tätig, die bei der Urteilsfindung mithelfen. Dabei gehen wir gleich vor, wie oben erwähnt. Die Kreisrichter/innen sind dabei vollwertige Gerichtspersonen. Jede/r muss bei allen sich stellenden Fragen eine Stimme abgeben und es gilt der Mehrheitsentscheid.

Sie sind auch Abteilungsleiterin der Strafabteilung. Welche zusätzliche Verantwortung haben Sie dabei?

Der Gerichtskreis VIII Bern-Laupen umfasst gegen 80 Mitarbeitende. Da bedarf es einer organisatorischen und personellen Führung. Es gibt also eine Geschäftsleitung, die aus 2 Richtern besteht. Ich bin im Rahmen dieser Geschäftsleitung für die Strafabteilung zuständig. So übernehme ich neben der richterlichen Tätigkeit noch administrative und organisatorische Aufgaben sowie die Personalführung.

Sie kamen als EVP-Vertreterin in das Amt als Gerichtspräsidentin. Spielt die Parteizugehörigkeit auch im Gerichtsalltag eine Rolle?

Gerichtspräsident(innen) und Kreisrichter/innen werden nach einem Parteienproporz gewählt. Die Parteizugehörigkeit spielt für die Wahl in das Amt also eine entscheidende Rolle, im Gerichtsalltag aber kaum mehr. Wir haben uns an die gesetzlichen Vorgaben und die Rechtsprechung zu halten, was unabhängig von einer-

Martin Müller,
Gerichtspräsident



Parteizugehörigkeit geschieht. Selbstverständlich spielen Lebens Einstellung und Lebens Erfahrung eine wichtige Rolle, aber von der Parteizugehörigkeit merkt man bei der Urteilsfindung kaum etwas.

Wo finden Sie in der Freizeit den besten Ausgleich zu Ihrem anspruchsvollen Berufsalltag?

Das frage ich mich manchmal auch. Ich habe aber ein gutes Umfeld in der Familie und viele Freunde und Bekannte. Ich kann gut abschalten, d.h. wenn ich das Amthaus verlasse, denke ich nur noch selten an meine Fälle. Ich treibe auch mässig Sport, spiele Blockflöte und lese sehr gerne (interessanterweise hauptsächlich Krimis), was mir die nötige Ablenkung und Erholung bringt.

Interview mit Martin Müller

Seit Anfang 2007 sind Sie neu als Gerichtspräsident tätig. Sie haben eine vielfältige juristische Laufbahn hinter sich und waren zuletzt als Untersuchungsrichter tätig. Was hat Sie nun dazu bewogen, sich als Gerichtspräsident zu bewerben?

Bevor ich mich in die «freie Anwaltswildbahn» stürzte, war ich bereits rund vier Jahre in der Berner Justiz tätig. So gesehen war meine Wahl als Untersuchungsrichter im Sommer 2002 auch so etwas wie eine Rückkehr. Aufbauend auf meiner bisherigen Tätigkeit freut es mich nun, seit Januar 2007 voll als urtei-

lender Richter tätig zu sein. Der Untersuchungsrichter besitzt nur in vergleichsweise kleinen Fällen, d.h. im Strafmandatsverfahren, über Urteilskompetenz.

Sie haben als Fürsprecher die Interessen ihre Mandanten verteidigt, klärten dann als Untersuchungsrichter die juristische Lage eines Falls ab. Nun fällen Sie als Gerichtspräsident im Team mit den Kreisrichterinnen und Kreisrichtern (ein solches Amt wird für die EVP bald frei!) Urteile. Was lösen diese Wechsel des Blickwinkels bei Ihnen aus?

Ich hoffe davon zu profitieren, dass ich nicht nur die Gerichtsseite, sondern auch die Anwaltsseite aus eigener Anschauung kenne.

Sie arbeiteten gut vier Jahre als Untersuchungsrichter. Können Sie uns beispielhaft erklären, was diese Aufgabe umfasste?

Der Untersuchungsrichter führt unter anderem Voruntersuchungen. Das heisst, er sammelt Beweise für den Entscheid über die Frage, ob eine Person wegen der ihr zur Last gelegten Handlungen (z. B. Diebstähle) vor das urteilende Gericht gewiesen werden soll. Die Voruntersuchung dient der Vorbereitung der Hauptverhandlung vor dem urteilenden Gericht. In der Voruntersuchung arbeitet man jeweils eng mit der Polizei zusammen. Je nach Fall sind zum Beispiel auch das Institut für Rechtsmedizin sowie psychiatrische Institutionen involviert.

Sie haben eine Familie mit drei Kindern, sind in der Freizeit sportlich aktiv und auch im Hockeyclub Boll engagiert. Wo finden Sie den besten Ausgleich zum Beruf?

Zum Glück gibt es nicht nur die Juristerei. Im Beruf habe ich oft mit Belastendem und Negativem zu tun. Deshalb ist es für mich wichtig, in der Familie abschalten zu können und auch ganz andere Dinge zu tun, wie zum Beispiel auf dem Velo «auszulüften».

Städtische Abstimmungsvorlagen vom 11. März 2007

Nutzungszonenplan Grosse Allmend

Der Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wankdorf hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Neue Bauten im Bereich Freizeit und Ausstellungen sind entstanden. Fast unversehrt blieb eine der grössten freien Flächen der Stadt Bern, die Allmend.

Durch die Verschiebung des Zirkus- und Carparkplatzes sowie einige neue Parkfelder wurde ein Teil der Allmend umgenutzt. Die Änderung des Nutzungszonenplans ermöglicht die zonenkonforme Nutzung. Über das gesamte Gebiet des ESP Wankdorf besteht ein kantonaler Richtplan. Dieser wird zurzeit revidiert. Der neue Nutzungsplan der Grossen Allmend ist mit dem aktuellen Revisionsentwurf abgestimmt.

Verkauf des Oberfelds Ostermundigen

Das «Oberfeld» in Ostermundigen diente über Jahrzehnte als Schiessplatz. Seit 1811 gehört es der Stadt Bern. 1996 entschieden die Stadtberner Stimmberechtigten, den Schiessplatz in Ostermundigen aufzuheben respektive mit demjenigen in Riedbach zusammenzulegen. Dadurch konnte das Land im Oberfeld (rund 30 Hektaren) neu verplant werden. Heute ist es ein Wohnstandort von kantonalen Bedeutung.

Bei der Vorlage, die nun zur Abstimmung kommt, geht es darum, das städtische Areal im Oberfeld zu verkaufen. Es sollen dort rund 500 Wohnungen entstehen. Für die Stadtbehörden ist seit langem klar, dass es nicht Sache der Stadt Bern sein kann, in der Nachbargemeinde Ostermundigen Wohnungen zu erstellen. Mit dieser Abstimmung will sich die Stadtregierung darum die

Zu reden gaben im Stadtrat vor allem die Parkplätze. Als Fraktion GFL/EVP sind wir der Ansicht, dass die offene Allmendwiese nicht durch Parkplätze belegt werden sollte. Nach dem Zonenplan müssen diese wieder zu Wiese zurückgebaut werden, sobald Ersatzparkplätze bereitstehen. Die Allmend wird auch in Zukunft Jung und Alt als Freiraum zur Verfügung stehen.

Das Geschäft wurde mit 53 Ja gegen 13 Neinstimmen verabschiedet. Die zwei EVP Stadtratsmitglieder empfehlen Ihnen, den Zonenplan zu genehmigen.

Martin Trachsel, Stadtrat

Ermächtigung zum Verkauf des Areals einholen. Daraus soll ein Buchgewinn für den Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik von insgesamt ca. 24 Mio. Fr. resultieren. Mit diesem Mitteln kann der Fonds weitere Sanierungen seiner Liegenschaften auf Stadtboden in Angriff nehmen.

Eine Besonderheit im Oberfeld ist es, dass autofreies bzw. autoarmes Wohnen ermöglicht wird. Mit einem Zusatzantrag bekräftigte der Stadtrat auch mit Hilfe unserer Fraktion die Umsetzung dieses Anliegens. Dem Verkauf des Oberfelds stimmte der Stadtrat grossmehrheitlich zu. Wir EVP-Stadträte bitten Sie, ein Ja dazu in die Urne zu legen.

Barbara Streit-Stettler, Stadträtin

EVP-Info 1/2007